



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 Allgemeine Finanzierungsvorgänge
Buchungskreis: 2550

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
916 02 Neu	Zuweisungen an den Sonderausgleichsfonds Straßenausbaubeiträge	0	+65.000.000	65.000.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Land Hessen erstattet den Kommunen deren Ausfälle aus dem Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen in vollem Umfang. Dabei wird nach einem vereinfachten Verfahren grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Bürger 50% der umrechnungsfähigen Beiträge zu zahlen hätten.

Vierorts sind derzeit rund 70 Bürgerinitiativen aktiv, die sich gegen die in ihren Kommunen bestehenden Straßenbeitragssatzungen zur Wehr setzen. Nachdem Anwohnerinnen und Anwohner über Erschließungsbeiträge zum Bau von innerörtlichen Straßen beigetragen haben, sollen sie nicht erneut für die Mitfinanzierung von Grundsanierungen herangezogen werden. Der Glaube, durch geringere wiederkehrende Beiträge eine größere Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung zu erhalten, erwies sich auch als Trugschluss.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler